

# Vorratsdatenspeicherung und EU-Vertragsverletzungsverfahren



## 1. Ist Deutschland verpflichtet, die EU-Richtlinie 2006/24/EG zur Vorratsdatenspeicherung umzusetzen? Ist die Nichtumsetzung ein Rechtsbruch?

→ **Nein.**

Umgekehrt: Es ist Deutschland nach **Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention** (Recht auf Achtung des Privatlebens und der Korrespondenz) **verboten**, ein Umsetzungsgesetz zur **anlasslosen Vorratspeicherung** aller Verbindungsdaten zu verabschieden.

Dies hat der Rumänische Verfassungsgerichtshof [festgestellt](#) (das Bundesverfassungsgericht hat die Frage nicht geprüft). Da die EU die EMRK anerkennt, kann eine Umsetzungspflicht nur im Rahmen der EMRK bestehen (ausführlich Breyer, [MMR 9/2011, V](#)).

→ Die in der **EU-Richtlinie 2006/24/EG** vorgesehene **Vorratsdatenspeicherung ist** – zumal in ihrer gegenwärtigen Ausgestaltung – **grob unverhältnismäßig**. Sie wird deshalb vom **EU-Gerichtshof (EuGH)** höchstwahrscheinlich bald für **nichtig** erklärt werden.

Der irische High Court hat bereits [angekündigt](#), diese Frage dem EuGH zur Vorabentscheidung vorzulegen. Die Verfassungsgerichte Rumäniens, Deutschlands und der tschechischen Republik haben Gesetze zur Vorratsdatenspeicherung allesamt für nichtig erklärt. Im Fall der EU-Richtlinie kommt hinzu, dass die EU alleine für die Angleichung von Marktbedingungen zuständig ist, sich ein flächendeckender Zwang zur Vorratsdatenspeicherung mit diesem Ziel aber nicht rechtfertigen lässt.

→ **Deutschland muss Befreiung von der Umsetzungspflicht beantragen!**

Deutschland kann in der Zwischenzeit beantragen, wegen **wichtiger Erfordernisse des Grundrechtsschutzes als Teil unserer öffentlichen Ordnung** von der Umsetzungspflicht befreit zu werden (Artikel 114 Abs. 4 AEUV; ausführlich Breyer, [MMR 9/2011, V](#)).



## 2. Drohen Deutschland Strafzahlungen in Millionenhöhe?

→ **Auf absehbare Zeit: Nein.**

**Strafzahlungen** wären nur im Fall einer Verurteilung durch den **EuGH zu leisten**. Es ist aber **zu erwarten**, dass die **Richtlinie 2006/24/EG bis zum Zeitpunkt des EuGH-Urteils** – dieses ist frühestens für **Ende 2013** abzusehen – bereits für **nichtig** erklärt und deshalb keine Zahlung festgesetzt wird (s.o.). Im Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich erging das Urteil mehr als 13 Monate nach Klageerhebung.

Der Höhe nach steht im Falle einer tatsächlichen Verurteilung eine Zahlung von ca. 65 Mio. Euro pro Jahr im Raum. Dieser **Betrag von 1,42 Euro pro Bürger und Jahr ist weit geringer als das, was eine Vorratspeicherung Wirtschaft und Verbraucher kosten würde**. Der Betrag beläuft sich auf nicht einmal 1% dessen, was Deutschland ohnehin jährlich an die EU zahlt.



### 3. Kann der „Quick-Freeze-plus-Vorratsdatenspeicherung“-Gesetzentwurf des Bundesjustizministeriums Strafzahlungen abwenden, verzögern oder ermäßigen?

→ **Nein.**

Die zuständige EU-Innenkommissarin Malmström hat den **Gesetzentwurf** bereits geprüft und für **unzureichend** zur Umsetzung der EU-Richtlinie befunden.

Die EU-Kommission wird **in jedem Fall** Klage wegen Nichtumsetzung der Richtlinie erheben. Eine voreilige Teilumsetzung wäre sinnlos und verletzte die Rechte aller 80 Mio. Bundesbürger.



### 4. Wie empfiehlt der **Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung** auf das Vertragsverletzungsverfahren zu reagieren?

- Deutschland sollte von einer **Umsetzung der EU-Richtlinie absehen** und die **absehbare Nichtigerklärung** der Richtlinie durch den EuGH abwarten.
- Deutschland sollte **Freistellung von der Umsetzungspflicht beantragen** (siehe Punkt 1) und **erforderlichenfalls einklagen**.
- Deutschland sollte in der Zwischenzeit **keinesfalls eine Vorratsdatenspeicherung einführen**, weil ein solches Gesetz auch bei **Nichtigerklärung der EU-Richtlinie fortbestünde**. Der Gesetzentwurf des Bundesjustizministeriums befristet die darin vorgesehene anlasslose und flächendeckende Vorratsspeicherung aller Internet-Verbindungsdaten (IP-Adressen, § 113a TKG-E) nicht einmal auf den Tag, an dem die europarechtliche Speicherpflicht außer Kraft tritt.
- Während die im Gesetzentwurf des Bundesjustizministeriums vorgesehene anlassbezogene Datensicherung (§ 100j StPO-E) im Grundsatz hinnehmbar ist, gilt dies nicht für die gleichfalls vorgesehene **anlasslose und flächendeckende Vorratsspeicherung aller Internet-Verbindungsdaten (§ 113a TKG-E)**.

**Diese muss aus dem Gesetzentwurf gestrichen werden!**

- Die **Identifizierung von Internetnutzern (§ 100k StPO-E)** muss außerdem wenigstens den Voraussetzungen für die **Verwendung sonstiger Verkehrsdaten (§ 100g StPO)** unterworfen werden.



Eine Information des Arbeitskreises Vorratsdatenspeicherung  
c/o FoebuD e.V., Marktstr. 18, 33602 Bielefeld  
Stand: 18. April 2012  
[www.vorratsdatenspeicherung.de](http://www.vorratsdatenspeicherung.de)